



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 144

29. JANUAR 2010

ÜBERGABE IN VERANTWORTUNG



Liebe Leserinnen und Leser!

Wer in dieser Woche oft im Regierungsviertel unterwegs war, musste gut zu Fuß sein. Überall Absperrrungen und Umleitungen. Vor meinem Bürogebäude hatte die Bundespolizei gar ein grünes Lazarettzelt aufgebaut. Das alles hatte seinen Grund: Neben Shimon Peres war auch der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Gerade Karzai dürfte den Sicherheitsaufwand aus seiner Heimat kennen. Trotz aller Fortschritte ist Normalität in Afghanistan noch die Ausnahme. Damit sich das ändert, hat die Bundesregierung eine neue Strategie entworfen.

Herzlichst, Ihr

4795 Kilometer. Das ist die Distanz von Berlin nach Kabul. Dazwischen liegen Welten: Balkan und Kaukasus, Schwarzes und Kaspisches Meer, Elbursgebirge, der Iran. Allein wegen dieser Distanz kann ich nachvollziehen, dass viele Bürger unser Engagement am Hindukusch kritisch sehen. Meldungen von Überfällen auf deutsche Einsatzkräfte und zivile Opfer haben ihr übriges getan. Nach einer aktuellen Umfrage stehen 50 Prozent der Deutschen persönlich nicht hinter dem Einsatz der deutschen Soldaten. Rund 30 Prozent verlangen sogar einen sofortigen Rückzug deutscher Truppen.

Wer sich für eine Beendigung des deutschen Engagements ausspricht, muss aber auch in Kauf nehmen, dass sich die Sicherheitslage in

Deutschland verschlechtern wird. Tatsache ist, dass die Terrorpiloten vom 11. September in Afghanistan ausgebildet wurden. Weltweit operierende Terroristen versuchen nach wie vor, Strukturen in jenen Staaten auszubilden, die deutliche Defizite in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit und Wohlfahrt haben.

Umgeben von Atommächten wäre ein Sieg radikaler islamistischer Kräfte in Afghanistan der Beginn eines politischen Flächenbrandes. Deswegen müssen die staatlichen Strukturen vor Ort soweit gestärkt werden, dass sie selbst in der Lage sind, mit den extremistischen Kräften im Land fertig zu werden. Noch kann Afghanistan nicht sich selbst überlassen werden.

Zu dieser Einsicht ist auch die Evangelische Kirche in Deutschland gelangt. Noch zu Jahresbeginn hatte Landesbischofin Margot Käßmann erklärt: „Nichts ist gut in Afghanistan“. Mittlerweile erkennt die Spitze der evangelischen Kirche in einer Erklärung die eindeutigen Erfolge beim zivilen Wiederaufbau an, und: „Ohne die ISAF-Schutztruppen wäre vieles

davon nicht möglich gewesen“. Das politische Konzept für Afghanistan habe, so die EKD weiter, neben der zivilen auch eine militärische Seite. Diese sei unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie der Aufbau der Zivilgesellschaft geschützt und gefördert werden kann.

Aus meiner Sicht steht diese Prämisse nicht im Widerspruch zur neuen Strategie der Bundesregierung. So investiert die Bundesregierung einerseits in eine Entwicklungsoffensive für Nord-Afghanistan. Drei Millionen Afghanen sollen durch deutsche Hilfe Beschäftigung und Einkommen erhalten. Mit zusätzlichen 700 Kilometern an nutzbaren Straßen in ländlichen Räumen wird die Verkehrsinfrastruktur gestärkt. Auch in den Bau neuer Schulen und die Ausbildung von Lehrpersonal soll nochmals investiert werden. Andererseits sollen weitere 500 deutsche Soldaten die Ausbildung afghanischer Rekruten vorantreiben. Zudem werden die Anstrengungen beim Aufbau der afghanischen Polizei verstärkt. Das zeigt: Sicherheit und ziviler Wiederaufbau gehen bei der neuen Afghanistanstrategie Hand in Hand.

EINE TOLLE TRUPPE WIRD 40



Mit einem feierlichen Festakt in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft hat die Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ihr 40-jähriges Bestehen gefeiert.

Als Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen hatte Michael Grosse-Brömer geladen und alle kamen: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Christian Wulf, der niedersächsische Partei- und Fraktionsvorsitzende David McAllister, Fraktionschef Volker Kauder, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, Kanzleramtschef Ronald Pofalla

und CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe.

Vor den 125 geladenen Gästen dankte Bundeskanzlerin Angela Merkel der Landesgruppe für ihre „guten Ideen und Initiativen“. Zwar seien die Niedersachsen „nicht immer einfach, aber immer fest auf dem Boden stehend“. Auch Volker Kauder lobte die Niedersachsen im Bundestag. Wegen ihrer „Verlässlichkeit und Gradlinigkeit“ seien sie eine tolle Truppe. Als Festredner verzwies Bundesinnenminister a.D. Rudolf Seiters auch auf die Anfänge der Landesgruppe und würdigte in diesem Zusammenhang die Bedeu-

tung von Wilfried Hasselmann, damals Landesvorsitzender der Niedersachsen-CDU und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes.

Michael Grosse-Brömer zeigte sich mit dem Verlauf der Veranstaltung hochzufrieden: „Die große Zahl der hochkarätigen Gäste unserer Festveranstaltung belegt eindrucksvoll die Bedeutung unserer Landesgruppe innerhalb der Bundestagsfraktion“.

Die aktuell 21 Mitglieder der Landesgruppe kommen in jeder Sitzungswoche zu einem Meinungsaustausch zusammen und koordinieren politische Anliegen mit Landesbezug.

GROSSE-BRÖMER TRIFFT MINISTER AUS BHUTAN



Michael Grosse-Brömer traf in dieser Woche den Justizminister des Königreiches Bhutan, Herrn Rinzin Penjor und seinen Begleiter, den Obersten Staatsanwalt des Landes, Herrn Phuntsho Wandri.

Die Delegation des kleinen Himalaya-Staates nutzte die Gelegenheit des Informationsgesprächs mit Michael Grosse-Brömer, um aus ers-

ter Hand mehr über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages in Erfahrung zu bringen. Schwerpunkte der Diskussion waren das deutsche Parteiengesetz und verfassungsrechtliche Fragen. Grosse-Brömer wiederum interessierte sich für die staatliche Struktur Bhutans und seine gegenwärtigen politischen und sozialen Herausforderungen.

Das Königreich Bhutan liegt zwischen China im Norden und Indien im Süden. In etwa so groß wie Schweiz, hat das Land nur so viele Einwohner wie Frankfurt am Main (rund 690.000). Das politische System des Landes entspricht seit kurzem dem Parlamentsmodell Großbritanniens. Im Jahr 2007 wurden in Bhutan erstmals Wahlen zum Oberhaus abgehalten.

ZAHL DER HILFEEMPFÄNGER RÜCKLÄUFIG

Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Das teilte das Statistische Bundesamt mit.

Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen. Das

waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Insgesamt ist jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen. Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

TERMINAUSWAHL

- 05.02. „Grünkohlrede“ bei der Rechtsanwalts- und Notarkammer Oldenburg
- 18.02. Jahreshauptversammlung der CDU Salzhausen
- 19.02. Klausurtagung des CDU-Kreisverbandes Harburg-Land in Schneverdingen
- 05.03. Fest des Sports Winsen